

Mehrwert für neues Bauland abschöpfen

Bern. – Die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung plädiert für die Einführung einer Mehrwertabgabe bei der Einzonung von Bauland. Laut einer Studie führen Fehlanreize der Steuersysteme zu einer unerwünschten Baulandhortung. Das Bundesgesetz über die Raumplanung verlangt einen angemessenen Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile, die durch Planungen entstanden sind.

Während das Bundesgericht eine differenzierte Rechtsprechung zur Entschädigung planungsbedingter Nachteile entwickelt hat, haben bisher erst die beiden Kantone Basel-Stadt und Neuenburg eine Abgabe für planungsbedingte Mehrwerte, die so genannte Mehrwertabschöpfung, eingeführt. In den anderen Kantonen erfolgt die Abschöpfung der Mehrwerte praktisch ausschliesslich über die Steuergesetzgebung. Die Steuersysteme sind jedoch gemäss der beim Aargauer Rechtsanwalt und Steuerexperten Dieter Egloff in Auftrag gegebenen Untersuchung wenig geeignet, den Zweck der ausserfiskalisch motivierten Mehrwertabgabe zu erfüllen. Fehlanreize der Steuersysteme führten zu einer nicht gewünschten Baulandhortung und zur Untergrabung der kommunalen Bau- und Zonenordnung. (AP)

Definitives Praxisverbot für pädophilen Arzt

Lausanne. – Ein Kinderschänder und für die Sterbehilfeorganisation Dignitas tätiger Arzt darf seinen Beruf definitiv nicht mehr ausüben. Das Bundesgericht hat ein von den St. Galler Behörden verfürgtes Berufsverbot gegen den früheren Zürcher Kinderarzt bestätigt. Der heute 72-Jährige war im Mai 2001 wegen sexueller Handlungen mit Kindern mit vierinhalb Monaten Gefängnis bestraft worden. (AP)

Strafregister-Auszug am Postschalter bestellen

Bern. – Privatpersonen können ab sofort ihren Strafregisterauszug am Postschalter bestellen und bezahlen. Die neue Dienstleistung des Bundesamts für Justiz und der Post richtet sich vor allem an Personen ohne Internetzugang. Die Post hat keinen Einblick in den Auszug. Dieser wird nach wie vor zugeschickt. Die Dienstleistung kostet 20 Franken. (AP)

Grimsel-Kraftwerk kommt vor Bundesgericht

Innertkirchen. – Der Streit um den Ausbau des Grimsel-Wasserkraftwerks geht in eine neue Runde: Die KWO Kraftwerke Oberhasli AG hat beim Bundesgericht Be-



schwerde gegen das Urteil des Berner Verwaltungsgerichts vom 3. April eingereicht. Das Gericht hatte das Baubewilligungsverfahren für die geplante Erhöhung der Staumauer und für die Vergrösserung des Grimselsees aufgehoben. (AP)

Elf Gemeinden führen Rumantsch Grischun ein

Chur. – Elf weitere Gemeinden im Raum Ilanz werden im Schuljahr 2008/2009 Rumantsch Grischun als aktive Schulsprache unterrichten. Die Zustimmung in den jeweiligen Gemeindeversammlungen betrug 86 Prozent. Praktische Erfahrungen mit Rumantsch Grischun machen heute bereits 23 Bündner Gemeinden. (AP)

KORREKT

Keine Premiere

Glarus. – Marianne Dürst (FDP) ist zwar die erste Frau, die die Glarner Landsgemeinde leiten durfte. Aber sie ist nicht, wie der TA in der gestrigen Ausgabe schrieb, die erste Frau überhaupt, die in der Schweiz durch eine Landsgemeinde führte. 1997 leitete in Appenzell-Ausserrrhoden Marianne Kleiner-Schlöpfer (FDP) eine einzige Landsgemeinde. (tob)

SCHWEIZ-ISRAEL Das Aussenministerium sorgt für Spannung in den Beziehungen.

Fast niemand mehr mag Calmy-Rey loben

Die Nicht-Einladung von Israel nutzen viele, um Calmy-Rey für ihre Iran-Kontakte und ihre Nahost-Politik zu kritisieren. Sie selbst hält fest, es gehe ihr um die Menschenrechte.

Von Bettina Mutter, Bern

Micheline Calmy-Reys Nahost-Politik (siehe Kasten) und die möglichen Folgen davon sorgen nicht nur in der Schweiz für Schlagzeilen. Die «Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung» beschrieb Calmy-Rey als eine Frau, die «die Kunst der massvollen Provokation» pflege.

Allerdings hat Israels Präsident Shimon Peres nicht erst wegen Calmy-Reys kürzlicher Teheran-Reise darauf verzichtet, sie an die Jubiläumskonferenz nach Israel einzuladen. Grund ist eher ihre bisherige Nahost-Politik. Die Einladungen waren zum Zeitpunkt der Iran-Reise bereits erfolgt und laut Calmy-Reys Sprecher Georg Farago wurden auch Minister anderer Länder nicht eingeladen. Dennoch bedauert Calmy-Rey den Entscheid. Doch sie verteidigt sich, es habe nie ein parteiisches Verhalten gegeben, das Israel verärgern müsste. Sie wiederholt, was sie seit ihrem Amtsantritt 2002 oft erklärt hat: «Als neutraler Staat spricht die Schweiz mit allen.» Sie setzte sich für die Menschenrechte und für das humanitäre Völkerrecht ein – egal wer diese verletzte. «Gerade Israel mit seiner schmerzvollen Geschichte sollte das verstehen», so Calmy-Rey.

Ob die aktuelle Nicht-Einladung tatsächlich auf Unverständnis Israels zurückzuführen ist, bleibt derzeit offen. Fakt ist jedoch: Auch zum Gipfel von Annapolis, wo Ende 2007 der israelisch-palästinensische Friedensprozess angestossen wurde, lud man die Aussenministerin gar nicht erst ein. Es lässt den Schluss zu, Calmy-Rey habe sich selbst und damit die langjährigen Schweizer Bemühungen im Nahost-Konflikt ins Abseits manövriert.

Auch andere mehr kritisieren

Derzeit ist kaum jemand anderer Meinung. Yves Kugelmann etwa, Chefredaktor des jüdischen Wochenblattes «Tachles», wirft Calmy-Rey Undifferenziertheit vor. Für Kugelmann redet Calmy-Rey nicht bloss zu oft gegen Israel, sondern vielmehr zu wenig häufig gegen den Iran, Russland oder China. Deshalb hätten viele «zu Recht kein Verständnis, wenn sie Israel so prominent verurteilt». Herbst Winter, neuer Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds, schliesst sich dem an: «Die Schweizer Nahost-Politik ist unausgewogen – auch wenn aus Micheline Calmy-Reys Departement stets das Gegenteil verlautet.» Sie betone das Leiden der palästinensischen Bevölkerung und vergesse dabei die Leiden und Gefahren für die israelische Bevölkerung – «angesichts des ständigen Ra-

ketenbeschusses und der massiven Waffenlieferungen, die nach Gaza gelangen».

Vor allem bürgerliche Politiker kritisieren die ungeliebte Aussenministerin und deren «aktive Neutralität». Für Christa Markwalder, Berner FDP-Nationalrätin und Vizepräsidentin der Aussenpolitischen Kommission, betreibt Calmy-Rey keine für die Schweiz zufrieden stellende Nahost-Politik. Vor einigen Jahren habe man der Schweiz im Nahen Osten «noch etwas zugetraut», sagt die Bernerin. Das sei auch wegen Calmy-Rey «längst nicht mehr so». Der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Fehr wirft der Bundesrätin «fast pathologische Selbstzensurierung» vor. Man

könne nur den Kopf darüber schütteln, wie sie etwa in Teheran den iranischen Präsidenten Ahmadinejad im Kopftuch begrüsst habe. «Die Reaktion Israels muss Folgen haben», fordert Fehr.

Das fordert auch die Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI). Schon Ende März appellierte die GSI an den Bundesrat, er solle «eine Korrektur seiner Position» vornehmen. Calmy-Reys Auftritte haben aus Sicht der GSI zu einer «Trendwende» in der Schweizer Nahost-Politik geführt. Das habe der Absicht geschadet, «gute Dienste» im Nahost-Friedensprozess anzubieten. Für die GSI ist Calmy-Reys Politik ungläubwürdig, zumal sie die Kontakte

zum iranischen Regime «und zu den engsten Verbündeten der islamistischen Hamas intensiviert hat».

Die Gesellschaft Schweiz-Palästina widerspricht dem freilich. Präsident Daniel Vischer, grüner Zürcher Nationalrat, nimmt die Aussenministerin in Schutz: «Es ist penibel, wenn Calmy-Rey die völkerrechtliche Situation darlegt und nun dafür gerügt wird.» Ohnehin ist Vischer mit dem Ausgang der Dinge nicht unzufrieden. Man müsse sich nämlich fragen, «ob es nicht besser ist, wenn kein Bundesrat an dieser Konferenz teilnimmt – gerade auf Grund der völkerrechtswidrigen Politik Israels».



Micheline Calmy-Rey auf einer sechstägigen Nahost-Reise im Februar 2005 auf dem Tempelberg in Jerusalem.

Calmy-Reys Nahost- und Iran-Politik der letzten Zeit

■ **13. Juli 2006:** Zum Libanonkrieg lässt Calmy-Rey mitteilen: «Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten verurteilt die unverhältnismässige Reaktion der israelischen Streitkräfte im Libanon.»

■ **Januar 2007:** Calmy-Rey bestätigt, die Schweiz habe während mehr als drei Jahren eine Vermittlerrolle in Geheimverhandlungen zwischen Israel und Syrien gespielt, um Fragen der Souveränität über die Golanhöhen und zum Abschluss eines Friedensvertrags klären zu helfen.

■ **Januar 2007:** Calmy-Rey trifft am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos zuerst den Palästinenser-Präsidenten Mahmoud Abbas, dann Jordaniens König Abdallah

und die israelische Aussenministerin Tzipi Livni.

■ **27. August 2007:** Calmy-Rey lobt an der Botschafterkonferenz, wie erfolgreich das Schweizer Mitwirken an der Genfer Initiative gewesen sei.

■ **9. Dezember 2007:** Der israelische Botschafter in Bern, Ilan Elgar, wirft der Schweiz «unnötige Interventionen» im Atomstreit des Westens mit dem Iran vor. Der Iran sei für Israel das gefährlichste Land im Nahen Osten, «da sollte man nicht hingehen und sich einschalten», so Elgar.

■ **7. März 2008:** Die Schweiz stimmt im Rahmen des Uno-Menschenrechtsrats für die Verurteilung Israels, weil dieses auf die fortgesetzten Raketenangriffe der Ha-

mas aus dem Gazastreifen mit Militäraktionen reagiert.

■ **17. März 2008:** Calmy-Rey begleitet in Teheran die Unterzeichnung des Gaslieferungsvertrags zwischen der Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg AG und dem staatlichen Gas-Exportunternehmen des Iran.

■ **26. März 2008:** Jean Ziegler wird mit Unterstützung der Schweiz in das Beratungsgremium des Uno-Menschenrechtsrates gewählt. Ziegler, kritisiert die GSI, nehme «immer wieder äusserst einseitig gegen Israel Stellung».

■ **29. April 2008:** In einem Telefongespräch mit dem iranischen Atomunterhändler Jalili bezeichnet Calmy-Rey neue iranische Vorschläge als «konstruktiv».

Gästeliste durch Vorlieben von Shimon Peres bestimmt

Israels Staatschef lud jene zur Feier, die ihm am nächsten standen. Die Schweizer Aussenministerin gehörte nicht dazu. Das kann Zufall sein und hat doch Bedeutung, heisst es vor Ort.

Von Marlène Schnieper, Jerusalem

«Facing Tomorrow», die Konferenz, zu der Präsident Shimon Peres aus Anlass der 60-Jahr-Feier von Israel lädt, soll ein Zukunftslabor werden. Geladen wurden zu dem Anlass «nicht Regierungen, sondern Persönlichkeiten». Dass die Schweiz dabei durch kein Mitglied des Bundesrats vertreten sein wird, hat «keinen politischen Hintergrund». So viel liess sich Shimon Peres am Montag am Rand eines Treffens mit der Auslandspresse in Jerusalem entlocken.

Elie Bennett, Sprecher der PR-Agentur, die das Treffen für Peres organisiert, wiederholt, was er bereits vor drei Wochen betonte: Die internationale Konferenz, die vom 13. bis 15. Mai in Jerusalem stattfindet, soll Politiker und Unternehmer, Künstler und Wissenschaftler zusammenführen, die sich mit globalen Fragen der Zukunft auseinandersetzen und zu einzelnen Aspekten einen besonderen Zugang haben (TA vom 16. April). Bennett lässt durchblicken, dass sich der Staatschef bei der Zu-

sammenstellung der Gästeliste stark von seinen persönlichen Bekanntschaften und Vorlieben leiten liess. Beim Gedanken an die Schweiz scheinen Peres dabei Manager eher als Politiker eingefallen zu sein. Man habe gehofft, dass Klaus Schwab, der Gründer des Weltwirtschaftsforums (WEF) kommen werde. Schliesslich sei Peres oft und gern Gast am WEF in Davos gewesen. «Leider hat Herr Schwab nun abgesagt», präzisiert der Sprecher. Auch einige hochrangige Vertreter der Schweizer Wirtschaft, die man eingeladen habe, hätten sich aus terminlichen Gründen entschuldigt.

«Schiere Nachlässigkeit»?

Warum aber kam die Schweizer Aussenministerin Micheline Calmy-Rey für den israelischen Gastgeber gar nicht und Walter Haffner, ihr Botschafter in Israel, erst im zweiten Anlauf in die Kränze? Dazu kann oder will Bennett nichts sagen. Michael Eitan, ein Aussenpolitiker des rechtsoppositionellen Likudblocks, findet, darüber sollte man sich in Bern nicht allzu lang den Kopf zerbrechen. «Da könnte auch schiere Nachlässigkeit im Spiel gewesen sein. Mit so etwas muss man in Israel rechnen», lacht Eitan. Über die Nahostpolitik der Schweiz, betont Eitan, wisse er derzeit viel zu wenig, als dass er sie seriös kommentieren könnte.

Yuli Tamir, als Mitglied der Arbeitspartei Ministerin in Olmerts Kabinett, zählt

wie der linksoppositionelle Yossi Beilin zu den Erstunterzeichnern der Genfer Initiative. Diese Initiative, im Dezember 2003 von Israeli und Palästinensern mit Unterstützung der Schweiz lanciert, war zwar nur ein inoffizieller Friedensplan. Doch bis jetzt ist es der einzige Plan, der Lösungen in den schwierigsten Kapiteln – Grenzen, Flüchtlinge und Jerusalem – konkret umrissen hat. Tamir wie Beilin sind bis heute überzeugt, «dass die Verwirklichung einer Zweistaatenlösung in Nahost über Genf führen muss».

Aussenministerium erzürnt

Im israelischen Aussenministerium allerdings ist die Stimmung schon seit dem 6. März gereizt. Damals stimmte die Schweiz im Uno-Menschenrechtsrat in Genf als einziges europäisches Land einer Resolution zu, die Israels Militäroperationen im Gazastreifen verurteilte, ohne es mit den palästinensischen Raketenangriffen gleich zu halten. Kurz darauf dann tätigte die Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg mit dem Iran ein lukratives Gasgeschäft. Dass Bundesrätin Calmy-Rey es für nötig hielt, zur Unterzeichnung dieses Deals nach Teheran zu reisen und mit dem iranischen Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad in die Kameras zu lächeln, brachte das Fass zum Überlaufen.

Walter Haffner, der neue Schweizer Botschafter in Israel, wurde ins israelische Aussenministerium zitiert. Dort erklärte

ihm Rafi Barak, der stellvertretende Generaldirektor für West-Europa, man betrachte Calmy-Reys Reise nach Teheran «als unfreundlichen Akt». Israel fühle sich durch das iranische Atomprogramm und die Hetzreden Ahmadinejads direkt bedroht. Ein Wirtschaftsvertrag mit dem Mullahregime zu einem Zeitpunkt, da die Sanktionen gegen Iran verschärft werden sollten, sei gewiss nicht das, was Jerusalem von Bern erwarte, betont Barak auch jetzt. «Wir erwarten, dass sich die Schweiz hinter die internationalen Bemühungen stellt, in dieser Frage auf dem Verhandlungsweg voranzukommen.» Die «aktive Neutralität», wie sie Calmy-Rey in Nahost betreibt, ist dem offiziellen Israel ohnehin suspekt.

Lob aus Ramallah

Anders klingt es in Ramallah. Laut dem Palästinenser Mustafa Barghouti, dem Informationsminister der letzten Regierung der nationalen Einheit, gelingt der Schweiz damit «ein Balanceakt, für den man ihr nur gratulieren kann»: «Die Schweiz tritt konsequent für Frieden, Menschenrechte und die Zweistaatenlösung ein. Sie sucht das Gespräch auch mit der Hamas, mit Syrien, dem Libanon, mit all jenen, die einbezogen werden müssen, wenn Friede in dieser Region einkehren soll», lobt Barghouti. Dass Bern dabei von Jerusalem hin und wieder getadelt wird, ist für den Palästinenser «kein Qualitätsbeweis».